

Einleitung zur Veranstaltung „Das französische Gesetz als Leitbild für Prostitution in Deutschland“

Sehr geehrte Damen und Herren!

Erlauben Sie mir ihnen mitzuteilen, dass ich mein Thema über Deutschlands Grenzen hinaus ausgedehnt habe, um den Blick zu weiten. Ich möchte ihnen nicht über Freiwilligkeit, die Zahl von Prostituierten und Bordellen, die Aussagen von Freier-Foren im Internet berichten. Das wissen sie alle selbst, mindestens so gut wie ich. Stattdessen möchte ich ihnen darüber berichten, wie erschütternd und rückständig die Situation zur Prostitution in Deutschland im Vergleich zu den Forderungen der Vereinten Nationen und der Europäischen Union und der Entwicklung bei unseren Europäischen Nachbarn wie Schweden und Frankreich ist. Schon am 2. Dezember 1949 stellte die UN-Generalversammlung in einer Resolution am 2. Dezember 1949 317 ( IV ) fest:

„Konvention zur Unterbindung des Menschenhandels und der Ausnutzung der Prostitution anderer: Da die Prostitution und das sie begleitende Übel des Menschenhandels zum Zwecke der Prostitution mit der Würde und dem Wert der menschlichen Person unvereinbar sind und das Wohl des Einzelnen, der Familie und der Gemeinschaft gefährden..... kommen somit die Vertragsparteien wie folgt überein:

Artikel 1 , jede Person zu bestrafen, die, um die Leidenschaften einer anderen zu befriedigen:

1. eine andere Person, selbst mit deren Einwilligung, zu Zwecken der Prostitution beschafft, sie dazu verleitet oder verführt;
2. wer, die Prostitution einer anderen Person nutzt, selbst mit deren Einwilligung, zu bestrafen.

Artikel 2 Die Vertragsparteien dieser Konvention kommen weiter überein, jede Person zu bestrafen, die: 1. ein Bordell unterhält oder leitet oder wissentlich finanziert oder an dessen Finanzierung beteiligt ist;

2. wissentlich ein Gebäude oder eine andere Stätte oder irgendeinen Teil davon zum Zwecke der Prostitution anderer mietet oder vermietet.

„Im Jahre 1960 unterzeichnete Frankreich die *Konvention zur Unterbindung des Menschenhandels und der Ausnutzung der Prostitution anderer* der UN; seither ist auch die Zuhälterei in Frankreich verboten.“

Am 18.Sept.1973 trat die Bundesrepublik als 133. Und die Deutsche Demokratische Republik als 134.Mitglied bei. Bis heute hat Deutschland diese Konvention noch nicht unterzeichnet.

Am 1. Juli 1998 trat das Gesetzespaket unter der Schwedischen Regierung mit Göran Persson, der Schwedischen Sozialdemokraten, –Kvimofrid-, Frauenfrieden in Kraft. Die Sexkäufer wurden kriminalisiert und die Prostituierten entkriminalisiert.

2002 entschied sich die deutsche Bundesregierung unter Schröder-Fischer, Rot-Grün gerade für das Gegenteil der Schwedischen Gesetzgebung und die Schwedischen Sozialdemokraten

konnten diese Haltung nicht nachvollziehen. In der Zeit der Regierung Willy Brandt-Walter Scheel, Rot-Gelb, gab es mit der Schwedischen Regierung unter Olaf Palme eine bessere Zusammenarbeit, im Gegensatz zu den heutigen Bundesregierungen. Wir können von unseren Europäischen Nachbarn, wie Schweden lernen. Während im Deutschen Bundestag das Prostitutionsgesetz von Rot-Grün gefeiert wurde, gab die Schwedische Gleichstellungsministerin Margareta Winberg im Schwedischen Parlament zu Protokoll: „Dieses Gesetz widerspricht der Gleichstellung der Geschlechter und der Mitmenschlichkeit. Eine Gesellschaft, die Prostitution als Beruf oder Wirtschaftszweig anerkennt, ist eine zynische Gesellschaft, die den Kampf für die schutzlosesten und verwundbarsten Frauen und Kinder aufgegeben hat. „ Dieser Aussage kann ich leider nur zustimmen.

2014 hat das Europa-Parlament in Straßburg mit einer 2/3 Mehrheit erklärt, dass, „nicht nur die Zwangsprostitution, sondern auch die freiwillige sexuelle Dienstleistungen gegen Bezahlung die Menschenrechte und die Würde des Menschen verletzt. Prostitution ist mit der Gleichstellung der Geschlechter nicht vereinbar.

Frankreich führte mit dem Gesetz Nr. 2016- 444 am 13.April 2016 das Nordische Modell ein.

Die Französische Botschaft in Österreich vermeldet auf ihrer Seite am 14.4.2016:

„Das französische Parlament hat am 13. April 2016 das neue Prostitutionsgesetz gegen das Prostitutionssystem und zur Verbesserung der Situation prostituiertes Personen verabschiedet. Das am 14.4.2016 in Kraft getretene Gesetz war François Hollande bei seinem Präsidentschaftswahlkampf im Jahr 2012 ein großes Anliegen. Frankreich ist somit das sechste Land nach Schweden, Norwegen, Island, Großbritannien und Kanada, das das Anspruchs nehmen der Dienste im Rahmen von Prostitution kriminalisiert.

*„Mit diesem Gesetz bekräftigt Frankreich vehement, dass der Kauf von sexuellen Diensten eine Ausbeutung des Körpers und Gewalt gegen Frauen ist“,* unterstrich Frankreichs Ministerin für Familie, Jugend und Frauenrechte, Laurence Rossignol.

*„Dieses Gesetz ist absolut notwendig, damit man den Kauf des Körpers eines Menschen nicht mehr als normal erachtet“* kommentiert die Nationalabgeordnete für Frauenrechte, Maud OLIVIER, und weiter: *„nunmehr sollen Sexarbeiterinnen nicht mehr als Kriminelle sondern als Opfer angesehen werden“.*

*Respekt und Hochachtung! Frau Maud Olivier für ihren Kampf für das Nordische Modell in Frankreich und dass sie uns heute in Deutschland unterstützen im Kampf für das Nordische Modell.*

Das am 1. Juli 2017 in Deutschland in Kraft getretene Prostituiertenschutzgesetz unter der schwarz-roten Regierung Merkel Scholz brachte nur unwesentliche Änderungen zur menschenrechtswidrigen Situation im Umgang mit Prostitution in Deutschland.

Anmeldepflicht und Beratungsgespräch für eine Tätigkeit die unser Bundesarbeitsgericht in Kassel als „ Menschenwürde verletzende Tätigkeit sieht, in die kein Arbeitnehmer vermittelt werden darf . Art. 1 GG, Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.

Unser Bundespräsident hat uns in seiner Antrittsrede am 13.2.2022 aufgefordert: "Seien wir nicht ängstlich! Packen wir die Zukunft bei den Hörnern", „Auf die Zukunft habe nichts bessere Antworten als die Demokratie.“

Nehmen wir den Auftrag unseres Bundespräsidenten ernst und die ermahnenden und kritischen Worte unserer europäischen Nachbarn, Schweden und Frankreich, und kämpfen weiter mit ihrer Unterstützung für das Nordische Modell in Deutschland.

Ich lade Sie dazu ein für die Gleichstellung von Frauen und Männern in Deutschland mit uns zu kämpfen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Mannheim, den 20.2.2022

Pressemitteilung

## **2022 als besonderes Jahr der deutsch-französischen Zusammenarbeit**

Gleichstellungs-, Familien- und Jugendpolitik im Fokus

**Anlässlich des Deutsch-Französischen Tages am 22. Januar kündigen Anne Spiegel, Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, und ihre französischen Amtskolleginnen und –kollegen, Elisabeth Moreno, ein besonderes Jahr für die deutsch-französische Zusammenarbeit an.**

Seit der Unterzeichnung des Élysée-Vertrags zwischen Deutschland und Frankreich vor nunmehr fast 60 Jahren durch den französischen Präsidenten Charles de Gaulle und Deutschlands Bundeskanzler Konrad Adenauer und der Unterzeichnung des Vertrags von Aachen im Jahr 2019 ist der 22. Januar ein Anlass, die Freundschaft zwischen beiden Ländern hervorzuheben.

**Anne Spiegel, Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend:**  
*„Ganz bewusst haben wir die Partnerschaft zwischen Deutschland und Frankreich fest im Koalitionsvertrag verankert. Als Bundesfamilienministerin erlebe ich es als großen Gewinn, den guten Austausch unserer Länder weiter zu intensivieren. So können wir gemeinsam Vorhaben in der Geschlechtergleichstellung, in der Familienpolitik und für den sozialen Zusammenhalt gezielt voranbringen.“*

**Élisabeth Moreno, beigeordnete Ministerin für die Gleichstellung von Frauen und Männern, Diversität und Chancengleichheit beim Premierminister:** *„Für seine EU-Ratspräsidentschaft hat Frankreich ehrgeizige Prioritäten auf die politische Agenda der EU gesetzt, und dazu zählt vor allem die Gleichstellung von Frauen und Männern – ein wichtiges Anliegen des französischen Präsidenten während seiner Amtszeit. Wir arbeiten weiterhin gemeinsam mit unseren deutschen Partnerministerien und allen EU-Mitgliedstaaten für ein inklusiveres und gerechteres Europa.“*